

Niederschrift

über die 10. öffentliche Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Nordsee-Treene am 18.09.2025 im Reimers Gasthof in Koldenbüttel.

Beginn der Sitzung: 19:15 Uhr

Ende der Sitzung: 21:40 Uhr

Anwesend:

stimmberechtigt:

	Name	Gemeinde	Stimmen
1.	Amtsvorsteherin Eva-Maria Kühl	Ostenfeld	4
2.	stellv. Amtsausschussmitglied Hans Otto Christiansen	Arlewatt	2
3.	Bürgermeisterin Maren Fürst	Drage	3
4.	Bürgermeisterin Ute Clausen	Elisabeth-Sophien-Koog	1
5.	Bürgermeister Hans-Peter Lorenzen	Fresendelf	1
6.	Amtsausschussmitglied Hauke Hansen	Hattstedt	3
7.	Amtsausschussmitglied Werner Meyer	Hattstedt	3
8.	Bürgermeisterin Solvei Domeyer	Hattstedtermarsch	2
9.	stellv. Amtsausschussmitglied Finn Carstensen	Horstedt	4
10.	Bürgermeister Jens Heldt	Hude	1
11.	Bürgermeister Detlef Honnens	Koldenbüttel	4
12.	Bürgermeister Telse Jacobsen	Mildstedt	4
13.	Amtsausschussmitglied Andrea Hansen	Mildstedt	4
14.	Amtsausschussmitglied Sabine Iwersen	Mildstedt	4
15.	Amtsausschussmitglied Alfred Wittern	Mildstedt	4
16.	stellv. Amtsausschussmitglied Inken Petersen	Nordstrand	3
17.	stellv. Amtsausschussmitglied Sönke Matzen	Oldersbek	3
18.	Bürgermeister Thomas Carstensen	Olderup	2
19.	Bürgermeister Holger Schefer	Ramstedt	2
20.	Bürgermeister Christian Franke	Rantrum	4
21.	stellv. Amtsausschussmitglied Walter Carstens	Rantrum	4
22.	Bürgermeisterin Birgit Stephan	Schwabstedt	3
23.	Amtsausschussmitglied Wolfgang Gottschlich	Schwabstedt	3
24.	stellv. Amtsausschussmitglied Olaf Buchholz	Seeth	4
25.	Bürgermeisterin Andrea Peters	Simonsberg	4
26.	Bürgermeister Tewes Vogelsang	Süderhöft	1
27.	Bürgermeister Karl-Jochen Maas	Südermarsch	1
28.	Bürgermeister Holger Suckow	Uelvesbüll	2
29.	Bürgermeister Christian Rölcke	Winnert	3
30.	Bürgermeister Hans-Werner Petersen	Wisch	1
31.	Bürgermeister Johannes Jürgensen	Wittbek	3
32.	Amtsausschussmitglied Ferdinand Jens	Witzwort	2
	Gesamt		89

Entschuldigt fehlt:

Name	Gemeinde	Stimmen
Bürgermeisterin Silke Clausen	Arlewatt	-
Bürgermeister Ralf Jacobsen	Hattstedt	5
Bürgermeister Michael Hansen	Horstedt	-
Bürgermeisterin Ruth Hartwig- Kruse	Nordstrand	3
Amtsausschussmitglied Mattes Maart	Nordstrand	3
Amtsausschussmitglied Thorsten Wilcke	Nordstrand	-
Bürgermeister Hans-Joachim Müller	Oldersbek	-
Amtsausschussmitglied Yvonne Roloff	Ostenfeld	3
Amtsausschussmitglied Jakob Michels	Rantrum	-
Bürgermeister Ernst Wilhelm Schulz	Seeth	-
Bürgermeister Christian Thomas Hansen	Wobbenbüll	2
Bürgermeister Johann Sievers	Witzwort	3

Außerdem sind anwesend:

Tim Petersen, Amtwehrführer
Helmuth Möller, NT-Regional
Udo Ketels, stellv. LVB
Kirsten Schöttler Martin, Gleichstellungsbeauftragte
Lara Daufeldt, Personalrat
Frank Feddersen, LVB, Schriftführer
Keine weiteren Zuhörer

Tagesordnung:

- öffentlich**
1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung durch die Amtsvorsteherin und Feststellung der Beschlussfähigkeit
 2. Feststellung der Tagesordnung
 - 2.a. Dringlichkeitsanträge
 - 2.b. Beschlussfassung über die eventuelle Nicht-Öffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte
 3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über die 9. Sitzung am 05.06.2025
 4. Einwohnerfragestunde
 5. Wahl und Bestellung der Wild- und Jagdschadenschätzer des Amtes Nordsee-Treene
 6. Bericht der Amtsvorsteherin und des Leitenden Verwaltungsbeamten
 7. Bericht der Ausschüsse, des Amtwehrführers, der Gleichstellungsbeauftragten und der Delegierten der einzelnen Institutionen
 8. Anfragen aus dem Amtsausschuss
 9. Beratung und Beschlussfassung über die 8. Nachtragssatzung zur Satzung des Amtes Nordsee-Treene über die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen
 10. Beratung und Beschlussfassung über die zukünftige Teilfinanzierung der Förder-scout-Stabsstelle
 11. Beratung und Beschlussfassung über den Neuabschluss einer Cyber-Versicherung
 12. Beratung und Beschlussfassung über die Anpassung der Vermögenseigenschaft-Versicherung und Erweiterung einer D & O (Vermögensschadenhaftpflicht) Versicherung
 13. Kenntnisnahme des Prüfungsberichtes über die überörtliche Prüfung der Finanzbuchhaltung

14. **nicht öffentlich**
Personalangelegenheiten

15. **öffentlich**
Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung durch die Amtsvorsteherin und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Amtsvorsteherin Eva-Maria Kühl eröffnet die Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Nordsee-Treene. Sie begrüßt alle Anwesenden recht herzlich und stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung fest. Der Amtsausschuss ist beschlussfähig.

2. Feststellung der Tagesordnung

2.a. Dringlichkeitsanträge

Es liegen keine Anträge vor.

2.b. Beschlussfassung über die eventuelle Nicht-Öffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte

Zu TOP 14 wird einstimmig die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über die 9. Sitzung am 05.06.2025

Die Niederschrift über die 9. Sitzung am 05.06.2025 wird einstimmig genehmigt.

4. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

5. Wahl und Bestellung der Wild- und Jagdschadenschätzer des Amtes Nordsee-Treene

Der Kreisjägermeister Thomas Carstensen erläutert auf Bitten der Amtsvorsteherin das Prozedere zum Thema Wild- und Jagdschadenschätzer.

Für die Wahl der Wild- und Jagdschadenschätzer des Amtes Nordsee-Treene stellen sich folgende drei Bewerber zur Verfügung:

1. Christoph Rabeler, Rott 1, 25872 Ostenfeld (Forstsachverständiger)
2. Thomas Brodersen, Alter Husumer Weg 2c, 25856 Hattstedt
(Wild- und Jagdschadenschätzer)
3. Wolfgang Pauls, Achter de Kark 10, 25840 Koldenbüttel
(Wild - und Jagdschadenschätzer)

Die drei vorgeschlagenen Bewerber sind heute leider terminlich verhindert.

Der Amtsausschuss wählt einstimmig Herrn Christoph Rabeler, Herrn Thomas Brodersen und Herrn Wolfgang Pauls zu Wild- und Jagdschätzern des Amtes Nordsee-Treene für die Wahlzeit 2025–2030.

6. Bericht der Amtsvorsteherin und des Leitenden Verwaltungsbeamten Wechsel im Ehrenamt

Es wird mitgeteilt, dass seit der letzten Sitzung des Amtsausschusses in den Gemeinden Mildstedt, Schwabstedt, Simonsberg und Wobbenbüll ein Wechsel des Vorsitzes der Gemeindevertretung stattgefunden hat. Die neuen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister werden herzlich begrüßt. Eine hier noch ausstehende Verabschiedung des ehemaligen Bürgermeisters Rolf Riebesell wird auf dessen Wunsch zu einem späteren Zeitpunkt im Amtsausschuss erfolgen.

Amtsblatt

Die Berichterstattung im Amtsblatt ist sehr informativ und vielseitig und wird vielerorts gelobt. Ein großes Dankeschön gilt hier insbesondere Helmuth Möller für seinen großartigen Einsatz.

Allerdings wird die zum Teil unzureichende Verteilung des Amtsblattes durch die Post bemängelt. Teilweise erhalten einige Haushalte das Amtsblatt nicht, in einigen Gemeinden betrifft dies sogar ganze Straßenzüge oder größere Gemeindegebiete.

Aufgrund diverser Beschwerden seitens der Amtsverwaltung besteht nunmehr direkter Kontakt zum Kundenservice der Konzernleitung. Diese benötigt neben Einlieferungs- und Verteilisten sowie Rechnungsbelegen, welche vom Amt geliefert werden, insbesondere konkrete Beanstandungen welche Haushalte, Straßenzüge oder Gemeinden kein Amtsblatt erhalten haben. Insofern geht die Bitte an alle Gemeinden, bei der demnächst anstehenden Verteilung des nächsten Amtsblattes der Leitungsassistentin im Amt konkrete Rückmeldungen über beanstandete Verteilungen zu melden.

Ausführlich berichtet Helmuth Möller über das ganze Prozedere von der einzelnen GV-Sitzung bis zum Artikel und die jeweils erheblichen zeitlichen Aufwände für die Erstellung eines Amtsblattes.

AG Erweiterung Amtsgebäude

Der Auftrag für den Variantenvergleich an ein Architekturbüro ist zwischenzeitlich vergeben worden. Das Auftaktgespräch dazu findet am 02.10.2025 mit dem Architekten und den Mitgliedern der Arbeitsgruppe statt. Zwischenzeitlich hat die Arbeitsgruppe das Rathaus Kropp besichtigt und dabei viele Erkenntnisse gewonnen. Der aktuelle Sachstand zum geplanten Parkplatz am Isengeeteriewech wird kurz dargelegt. Die Verhandlungen mit Prosenis befinden sich in der finalen Phase.

Situation im Funktionsraum

Für die Betreuung und Integration von Flüchtlingen bilden bekanntlich das Amt Nordsee-Treene gemeinsam mit der Stadt Husum und dem Amt Viöl sowie der Stadt Friedrichstadt den sogenannten Funktionsraum 5 im Kreis Nordfriesland. Bereits seit vielen Jahren wird diese wichtige Aufgabe im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages vom Diakonischen Werk Husum gGmbH durchgeführt. Die Finanzierung dieser interkommunalen Zusammenarbeit erfolgte bisher über die vom Bund und Land erbrachten Aufnahmepauschalen und einem Festbetrag nach dem FAG. Neben der vertraglichen Erfüllung aus diesen finanziellen Leistungen erhielten die beteiligten Kommunen in den vergangenen Jahren eine pauschale Erstattung für Personalaufwendungen im Bereich der Flüchtlingsunterbringung. Seit 2025 wird die Finanzierung der Aufnahme, Unterbringung und Integration von Geflüchteten auf eine neue Grundlage seitens des Gesetzgebers gestellt. Aufgrund dessen rechnet der Funktionsraum erstmalig in diesem Jahr mit einem Defizit. Deshalb wird beginnend ab 2025 eine pauschale Personalkostenerstattung an die beteiligten Kommunen aus dem Funktionsraumtopf nicht mehr erfolgen. Der Defiziteffekt wird sich ab 2026 aller Voraussicht nach weiter vergrößern. Um dem entgegen zu wirken

wurde mit dem Diakonischen Werk eine erhebliche Reduzierung der vertraglichen Leistungen (Verwaltung, Ehrenamtskoordination sowie Sprach- und Kulturmittlung) vereinbart. Die weitere finanzielle Entwicklung hängt maßgeblich vom Zuweisungsgeschehen und Sondereffekten hinsichtlich der finanziellen Ausstattungen des Gesetzgebers ab.

Bei der Gelegenheit wird mitgeteilt, dass das Amt in der jüngsten Vergangenheit aus unterschiedlichen Gründen Wohnungen für die Flüchtlingsunterbringung gekündigt hat. Trotzdem werden nach wie vor kleinere bis mittlere Wohnungen dringend gesucht.

Grünes Binnenland

Unter Hinweis auf die letzte Sitzung des Amtsausschusses wurde seitens der Geschäftsführung des Grünen Binnenlandes nochmals darauf hingewiesen, dass mit dem Nichtabschluss eines Dienstleistungsvertrages auch die touristische Vermarktung der betroffenen Gemeinden endet. Dazu gehören Online-, Print- und Messeaktivitäten für die Bereiche Radfahren, Kanu und Angeln.

Wärmeplanung

Das Amt hat für alle Gemeindevertretungen für die Durchführung der kommunalen Wärmeplanung und die Beauftragung von Planungsleistungen eine entsprechende Beschlusslage gefertigt. Ziel ist es, ein Planungsbüro für die Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Wärmeplanung für alle Gemeinden zu gewinnen. Aufgrund der Einwohnerzahl können alle Gemeinden im Amtsbereich ein vereinfachtes Verfahren durchführen. Auch kommt für einige Gemeinden das sogenannte verkürzte Verfahren zum Zuge. Das Planungsbüro wird dann prüfen und vorschlagen, ob eine gemeinsame Wärmeplanung mit weiteren Gemeinden im sogenannten Konvoi-Verfahren zielführend ist. Sobald die Beschlusslage der Gemeindevertretungen vorliegen, erfolgen weitere Informationen über das Prozedere. Die Kommunalen Landesverbände konnten mit der Landesregierung erreichen, dass die entstehenden Kosten für die Durchführung der Wärmeplanung im Rahmen der Konnexität den Gemeinden in einem entsprechenden Verfahren in voller Höhe verteilt über 3 Jahre erstattet werden.

Ausdrücklich weist das Amt auf die gesetzliche Verpflichtung zur Durchführung der Wärmeplanung hin. Sollte eine Gemeindevertretung die Durchführung ablehnen, was bereits im Amtsbereich geschehen ist, ist der/die Vorsitzende der Gemeindevertretung verpflichtet, dem widerrechtlichen Beschluss zu widersprechen. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass die betroffenen Gemeinden dann möglicherweise erst viel später über den Gesetzgeber mit möglicherweise Sanktionen verpflichtet werden, die kommunale Wärmeplanung durchzuführen, wobei dann eine Kostenerstattung für die betreffenden Gemeinden im Rahmen der Konnexität nach Einschätzung der Verwaltung ausgeschlossen ist.

Stadtumlandplanung

Der Vertragsentwurf liegt mittlerweile seit Januar bei der Landesplanung in Kiel. Es gab noch Nachforderungen zu den weiteren wohnbaulichen und gewerblichen Entwicklungen. Dazu hat kürzlich ein gemeinsames Gespräch mit allen beteiligten Akteuren stattgefunden, bei dem die Wohnraumkontingententwicklung und die Gewerbeflächenentwicklung konkretisiert worden sind. Auch wurde das Thema Oberflächenentwässerung/Entwässerung der Husumer Mühlenau umfassend betrachtet. Die Ergebnisse aus einem vom DHSV beauftragten hydraulischen Gutachten werden demnächst erwartet. Alle Anrainer müssen bei weiteren Versiegelungen ausreichende Retentionsflächenschaffen, um einen kontrollierten Wasserabfluss zu gewährleisten. Diese Maßnahmen verteuern naturgemäß die Grundstückspreise nicht unerheblich.

TH-Wehren

Aufgrund der veränderten Verkehrsführung im Zuge des Ausbaus der B5 hat der Amtsausschuss beschlossen, eine vierte Feuerwehr zur Technischen Hilfeleistungswehr aufzurüsten. Zwischenzeitlich wurden für die Freiwillige Feuerwehr Witzwort die erforderlichen Geräte angeschafft. Die Gesamtkosten betragen 87.000 €, abzüglich eines Zuschusses aus der

Feuerschutzsteuer des Kreises in Höhe von 25.000 €, sodass ein Eigenanteil für das Amt in Höhe von 62.000 € verbleiben. Was die Haushaltsplanung für 2026 der Wehren der technischen Hilfeleistungen anbetrifft, so findet hier ein Vorabstimmungsgespräch mit allen Beteiligten am 25.09.2025 statt.

Informationszugangsgesetz

Es wird mitgeteilt, dass Anfragen nach dem Informationszugangsgesetz Schleswig-Holstein bei der Amtsverwaltung zu unterschiedlichsten Themenbereichen vermehrt auflaufen, welche aufgrund der gesetzlichen Vorgaben jeweils ausführlich auch beantwortet werden müssen. Geschieht dies nicht oder nicht in ausreichender Form, wird stets von dem Antragsteller unverzüglich das Landesdatenschutz-Zentrum eingeschaltet. Und dies unabhängig davon, ob es sich um gemeinde- oder amtsspezifische Themen handelt, der Antragsteller ein persönliches Interesse hat oder aber auch außerhalb des Amtsgebietes wohnt.

Sensibilisierungsplattform zum Thema Cyberkriminalität

Aufgrund der stetig wachsenden Gefahren wurde in der letzten Sitzung des Amtsausschusses beschlossen, eine Sensibilisierungsplattform zum Thema Cyberkriminalität, besonders für alle Mitarbeitenden und die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, für die Dauer von zunächst 36 Monaten für rund 16.000 € anzuschaffen. Zwischenzeitlich wurden zu dieser Thematik mehrere Studien im In- und Ausland durchgeführt, wobei kürzlich die Ergebnisse veröffentlicht wurden. Die neuesten wirtschaftlichen Erkenntnisse gehen von einer sehr geringen Wirksamkeit des sogenannten **Awarenesstrainings** aus und zwar wurde eine durchschnittliche Verbesserung der IT-Sicherheit in Höhe von 1,7 % festgestellt. Die Wirksamkeit hängt natürlich stark von der Art der Inhalte und insbesondere auch von der aktiven Teilnahme ab, die in der Praxis oftmals gering ist. Vor dem Hintergrund der geringen Wirtschaftlichkeit und dem verhältnismäßig geringen Nutzen rät die Verwaltung von der Einführung der **Awareness-Plattform** ab. Einstimmig beschließt der Amtsausschuss, wie vorgeschlagen, dass die Beschlussdurchführung zur Anschaffung einer Sensibilisierungsplattform zum Thema Cyberkriminalität bis auf Weiteres nicht erfolgt.

Umfrage IT

Auf Nachfrage wird mitgeteilt, dass die im Ehrenamt durchgeführte Umfrage hinsichtlich IT-Themen derzeit ausgewertet wird. Schon jetzt muss mitgeteilt werden, dass ein Großteil der Wünsche aus finanziellen Gründen mit Sicherheit nicht umgesetzt werden können. Die IT-Abteilung arbeitet derzeit zwei Konzepte aus, um möglichst viele Bedarfe unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit abzudecken. Weitere Informationen folgen dann zu gegebener Zeit.

Bei der Gelegenheit wird auch das Thema Open Source angesprochen, welches derzeit bei der Landesverwaltung aufgrund diverser Umstellungsschwierigkeiten medial begleitet wird. Ziel der Landesregierung ist es, absolute Datensouveränität zu gewährleisten, welches allerdings durch die Abkehr von bewährten Systemen mit teils erheblichen Einschränkungen im Bereich der Anwenderfreundlichkeit einhergeht.

Termine

22.09.2025	Gesellschafterversammlung Wirtschaftsförderungsgesellschaft NF
24.09.2025	Bürgermeisterdienstversammlung des SHGT
30.09.2025	Wehrführerdienstversammlung
02.10.2025	Auftaktgespräch Planungsbüro Amtsgebäude
06.10.2025	Bürgermeisterrunde
11.11.2025	Haupt- und Finanzausschuss Amt
27.11.2025	Amtsausschuss

7. Bericht der Ausschüsse, des Amtswehrführers, der Gleichstellungsbeauftragten und der Delegierten der einzelnen Institutionen

Der **Amtswehrführer Tim Petersen** berichtet zu folgenden Punkten:

Die Ausrüstung für die Großtierrettung ist zwischenzeitlich eingetroffen und ab 01. Oktober dieses Jahres einsatzbereit. Das dazu erforderliche Seminar, welches kürzlich durchgeführt wurde, war sehr gut besucht und erfolgreich. Außerdem wird über den Sachstand eines Truppmannlehrgangs berichtet.

Die **Gleichstellungsbeauftragte Kirsten Schöttler-Martin** berichtet zu folgenden Punkten:

Die Gleichstellungsbeauftragte (GB) zog zunächst ein kurzes Resümee der **Veranstaltung, die sie im April 2025 zum 25-jährigen Jubiläum der GB-Arbeit im Amt im Kirchspielskrug in Mildstedt** organisiert hatte. Sie fand die Lesung der Schriftstellerin Dr. Constanze Wilken, Husum, aus ihrem neuen Roman "Die Farben der Wüste" über das sehr emanzipierte Leben einer US. Künstlerin in den 1920-er Jahren zu diesem Anlass sehr passend und gelungen ... auch, wenn ein paar mehr Gäste sicherlich erfreulich gewesen wären. Die GB, die zu Anfang einen kurzen Abriss des Vierteljahrhunderts GB-Arbeit gab, freute sich auch über das Grußwort von Amtsvorsteherin Eva-Maria Kühl inklusive der anerkennenden Worte für ihre nunmehr 14-jährige Arbeit als GB im Amt NT.

Vor einigen Tagen hatte die GB an die Runde der BM*innen im Amt per Mail die Einladung zu einem **Presseseminar** geschickt, das sie als gelernte Journalistin/ehemalige Pressereferentin gern am **Montag, 13. Oktober 2025, 16.30 - 18 Uhr, im Amt** anbieten möchte. Sie freut sich über zahlreiche Anmeldungen zu dieser sicher interessanten Fortbildung.

Die GB informierte den AA über eine **Online-Veranstaltung, die die LAG der GB in S-H gemeinsam mit dem Landesfrauenrat am Freitag, den 14. November 2025, ab 19 Uhr, zu dem Thema "Frauen in die Aufsichtsräte"** mit der Referentin Dr. Annette Peltow, Master of Laws, für Kommunalpolitikerinnen im Land anbietet. Anmeldungen zu dem Workshop bitte über info@landesfrauenrat-s-h.de. Die GB schickt dazu in Kürze nochmal eine extra Mail an die AA-Mitglieder und bat sie darum, diese dann an die Kommunalpolitikerinnen in ihrer Gemeinde weiterzuleiten.

Ferner gab es für den AA Informationen über das **neue Projekt "Frauen Wohnen - Gutes Wohnen für alle!" des Wohlfahrtsverbandes DER PARITÄTISCHEN Schleswig-Holstein**. In diesem wichtigen Projekt wird auf zwei Ebenen gearbeitet: zum einen beraten die Mitarbeiter*innen wohnungssuchende Frauen unbürokratisch vor Ort und vermitteln passenden Wohnraum. Zum anderen baut der Projektträger ein Netzwerk und Kooperationen mit Unternehmen der Wohnungswirtschaft auf. Die für Husum zuständige Servicestelle, die den Frauen in Not ganz praktisch und unbürokratisch hilft, ist in Flensburg. Die GB hatte auch **Flyer mit weiteren Infos** zu diesem Unterstützungsangebot mitgebracht.

Auch zu dem **interessanten und sehr vielfältigen Programm von KIBIS - Selbsthilfeberatung Nordfriesland** hatte die GB **Flyer** mit in den AA gebracht. Diese Gruppen von KIBIS zu allen möglichen gesundheitlichen und sozialen Themenstellungen sind ein ganz wichtiger Baustein in der psychosozialen Versorgung der Menschen innerhalb des Kreises. Die GB hat in ihren Beratungen von Bürger*innen in der Sprechstunde auch schon oft auf diese guten Unterstützungsangebote hingewiesen. Innerhalb der nächsten Monate möchte sie gemeinsam mit der Leiterin in Husum, Dipl.-Sozialpädagogin Uta Christophersen, einen Infoabend für die Bürger*innen der Amtsgemeinden veranstalten.

Außerdem berichtet die GB über einen neuen **Podcast** „Wie geht es dir eigentlich wirklich“.

Bürgermeister Detlef Honnens stellt seine Gemeinde Koldenbüttel wie folgt vor:

Bürgermeister Detlef Honnens hat für die Mitglieder des Amtsausschusses ein Quiz über Rahmen-/Eckdaten seiner Gemeinde entwickelt und lädt die vier Gewinner, welche nächste Woche von der Leitungsassistentin gezogen werden, zu einem Frühstück in das Kaffee am Bahnhof ein.

8. Anfragen aus dem Amtsausschuss

- Auf Nachfrage wird mitgeteilt, dass bei der Grünfläche hinter dem Baumarkt OBI der Neubau der Bevölkerungsschutzhalle, der Pflegeschule und eine Station der DLRG errichtet wird. In der Bevölkerungsschutzhalle sollen unter anderem Materialien für den Katastrophenfall gelagert werden.

9. Beratung und Beschlussfassung über die 8. Nachtragssatzung zur Satzung des Amtes Nordsee-Treene über die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen

Die Gebührenkalkulation für die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen wird kurz erläutert.

Anschließend beschließt der Amtsausschuss einstimmig folgende 8. Nachtragssatzung:

über die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen
(Hauskläranlagen)
(Abwasseranlagensatzung)
P r ä m b e l

Auf Grund

- der §§ 4 und 17 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein,
- der §§ 5 Abs. 1 und 24 a der Amtsordnung für Schleswig-Holstein,
- der §§ 1, 2 und 6 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein und
- des § 31 des Landeswassergesetzes in den jeweils geltenden Fassungen,

wird nach Beschlussfassung durch den Amtsausschuss vom 18.09.2025 folgende 8. Nachtragssatzung erlassen:

Artikel I

§ 1 (Allgemeines) wird wie folgt geändert:

- (1) Das Amt Nordsee-Treene betreibt nach Maßgabe dieser Satzung zur Beseitigung des in ihrem Gebiet anfallenden Abwassers eine selbstständige Einrichtung zur Beseitigung des in Grundstücksabwasseranlagen (Hauskläranlagen) gesammelten Abwassers (dezentrale Abwasserbeseitigung) als öffentliche Einrichtung, mit Ausnahme der Gemeinden Drage, Elisabeth-Sophien-Koog, Hattstedt, Koldenbüttel, Nordstrand, Odersbek, Ramstedt, Rantrum, Schwabstedt, Seeth, Simonsberg, Uelvesbüll, Winnert, Witzwort, Wobbenbüll und Wittbek.
- (2) - (5) Keine Änderungen.

Artikel II

§ 12 (Maßstab und Gebührensatz) wird wie folgt geändert:

- (1) Die Benutzungsgebühr beträgt für die Abwasserbeseitigung für die Regelentleerung pro Grundstücksabwasseranlage und Jahr bei einem zweijährigen Abfuhrhythmus **112,00 €**.
- (2) Keine Änderungen.

Artikel III

Diese 8. Nachtragssatzung tritt am 01.01.2026 in Kraft.

10. Beratung und Beschlussfassung über die zukünftige Teilfinanzierung der Förderscout-Stabsstelle

Die Beschlussvorlage liegt allen vor und wird kurz erläutert.

Der Amtsausschuss beauftragt die Verwaltung einstimmig, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit den weiteren kreisangehörigen Kommunen und dem Kreis Nordfriesland über die Finanzierung der Förderscouting-Stabsstelle (FSS) zunächst für die Jahre 2026 bis 2030 abzuschließen.

Nach diesem Zeitraum soll eine dauerhafte Vereinbarung getroffen werden.

Ziel ist die gemeinsame Finanzierung des neuen und erweiterten Dienstleistungsangebotes der FSS inklusive Wissensplattform „Projektkompass“. In Kombination mit der zweiten Personalstelle wird die direkte Beratung der kommunal ehrenamtlich Tätigen und Verwaltungen samt KI-Fördermittelcheck möglich gemacht, was zuvor ressourcentechnisch nicht möglich war.

Für das Jahr 2026 und Folgende wird hierfür ein Betrag in Höhe von 9.000 € in den Haushalt eingeplant. Für die Folgejahre (2027 bis 2030 bzw. ff.) soll in die oben genannte öffentlich-rechtliche Finanzierungsvereinbarung eine Regelung aufgenommen werden, die die jährliche finanzielle Beteiligung aller beteiligten Kommunen festlegt und durch eintretende externe Refinanzierungen (Externe Kostenbeteiligung durch Mitbenutzung des Projektkompasses, weitere Fördermittel für die FSS...) reduziert.

Begründung:

Die Förderscouting Stabsstelle (FSS) Nordfriesland wurde 2019 auf Wunsch der kreisangehörigen Kommunen mit der Einstellung einer Personalstelle beim Amt Viöl gegründet. Auf Grundlage der damaligen öffentlich-rechtlichen Finanzierungsvereinbarung zwischen dem Kreis Nordfriesland und dem Amt Viöl wird seither der Personalaufwand zu 100% vom Kreishaushalt getragen. Im Zuge der Tätigkeit der FSS wurden aus dem Modellprojekt Heimat 2.0 und folgenden Förderungen seit Anfang 2021 Fördermittel (ca. 700 T€) generiert, mit denen der kreisweit priorisierte Projektkompass als zentrale Wissensplattform aufgebaut und parallel die Personalkosten einer zweiten Personalstelle (ca. 300 T€) für die FSS ab Mitte 2021 bis Ende Juni 2025 komplett finanziert wurden. Zur Weiterentwicklung der Wissensplattform konnte in 2024 eine weitere Finanzierung von 119 T€ für den Einsatz Künstlicher Intelligenz (open source und DSGVO-konformer KI-Fördermittelcheck) beim Land Schleswig-Holstein eingeworben werden.

Das neue Dienstleistungsangebot (siehe auch Faltblattbroschüre) bietet den Verwaltungen und der Politik folgende Vorteile:

- **Direkte und persönliche Beratung:** Auf Basis der Zeitersparnisse durch die technische Lösung und der zweiten Personalstelle kann die Stabsstelle persönliche Beratungen zu Förderanfragen für die 10 Verwaltungen und 133 Gemeinden anbieten sowie die Projektentwicklung und Antragsstellung in Zusammenarbeit mit den Verwaltungen unterstützen
- **Förder-Kurzinfo Service:** Aktuelle und übersichtliche Zusammenfassung aller relevanten Förderrichtlinien (mithilfe KI, Überprüfung erfolgt durch Experten, z.B. von der IB.SH) im Projektkompass
- **KI-Fördermittelcheck:** Nach Eingabe einer Projektbeschreibung kann die KI innerhalb von Minuten passende Fördermöglichkeiten vorschlagen und eine Übersicht mit noch zu klärenden Fragen im Abgleich zwischen Vorhaben und Förderrichtlinie erzeugen und somit schneller und gezielter Entscheidungen und Arbeitsaufträge vorbereiten

10. Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Nordsee-Treene am 18.09.2025

Um das neue Dienstleistungsangebot der FSS mit beiden Beschäftigten zu verstetigen und den Projektkompass zu betreiben bzw. weiterzuentwickeln ist zwischen kreisangehörigem Bereich und Kreisverwaltung abgestimmt worden, dass die Personalkosten der zweiten Personalstelle, Sach- und Betriebskosten der Stabsstelle sowie der Plattform gemeinschaftlich aufgebracht werden. Der Kreis Nordfriesland hat einen entsprechenden Beschluss für 2025 und die Folgejahre am 13. Dezember 2024 gefasst und die eigenen Mittel aufgestockt.

Für das Übergangsjahr 2025 mit gesicherter Bundesförderung für das erste Halbjahr und der eigenen Finanzierung im zweiten Halbjahr wurden bereits von allen Ämtern und Städten und dem Kreis Nordfriesland Finanzierungsbeschlüsse gefasst. Zur Verstetigung der Aufgabe ab 2026 soll die Finanzierung für die Zukunft gesichert werden. Aktuell liegen vom Kreis Nordfriesland, der Gemeinde Sylt/ Amt Landschaft Sylt und dem Amt Eiderstedt bereits dauerhafte Finanzierungszusagen vor.

Die Personalstellen der FSS sind mittlerweile beim Amt Viöl und dem Amt Mittleres Nordfriesland angesiedelt, wofür diese Planungssicherheit benötigen, um die Fachkräfte der Stabsstelle samt Expertise für die Zukunft zu sichern. Durch die Aufteilung der Stabsstelle auf zwei Amtsverwaltungen kann die Fachexpertise breiter zugänglich gemacht und die Reichweite erhöht werden.

Finanzplan ab 2026

Die Finanzierung der Stabsstelle wird mit Beschluss des Kreistages vom 13.12.2024 zu rd. 2/3 vom Kreis Nordfriesland finanziert, der restliche Betrag entfällt anteilig auf die Kommunen in Nordfriesland.

Die Beteiligung des kreisangehörigen Bereichs richtet sich nach Einwohnerzahlen-Gruppen (sehr große Ämter (ST + NT) = 1,5 Ant.; „durchschnittlich große“ Ämter/ Kommunen (Viöl, AMNF, Husum, Föhr-Amrum, Eiderstedt, Sylt) = 1,0 Ant.; kleinere Kommunen (Pellworm + Tönning) = 0,5 Ant.)

Die Tabelle stellt die jeweils entfallenden Anteile dar (die Gemeinde Sylt und das Amt Eiderstedt tragen jeweils 6.000,00 € p.a. / je 1,0 Ant.):

Verwaltung	Anteile 2026 ff.
Viöl (1,0 Ant.)	6.000,00 €
Tönning (0,5 Ant.)	3.000,00 €
Nordsee-Treene (1,5 Ant.)	9.000,00 €
Pellworm (0,5 Ant.)	3.000,00 €
Husum (1,0 Ant.)	6.000,00 €
Mittleres Nordfriesland (1,0 Ant.)	6.000,00 €
Südtondern (1,5 Ant.)	9.000,00 €
Föhr-Amrum (1,0 Ant.)	6.000,00 €

Der Kreis Nordfriesland hat eine Deckelung seiner Kostenbeteiligung ohne Enddatum beschlossen. Daher könnten sich die aus dem kreisangehörigen Bereich aufgebrachten Mittel im Laufe der nächsten Jahre auf der einen Seite erhöhen. Auf der anderen Seite bieten die externe Mitbenutzung des Projektkompasses und weitere Fördermittel Möglichkeiten der Refinanzierung.

Refinanzierungsmöglichkeiten

In der Finanzübersicht zu dieser Beschlussvorlage wurden für 2026 und Folgejahre zunächst keine nennenswerten externen Refinanzierungen per öffentlich-rechtlicher Vereinbarung der Mitbenutzung oder durch Förderprojekte kalkuliert. Der sich für 2025 ergebende Überschuss i.H.v. rd. 21,6 T€ wurde in das Jahr 2026 übertragen.

Für die Mitbenutzung gibt es bereits diverse Interessenten und die entsprechende Vereinbarung kann mit Externen direkt und unbürokratisch geschlossen werden. Diese Vereinbarung beinhaltet die Nutzung der Wissensplattform, jedoch keine Beratungs- und Unterstützungsleistungen durch die FSS.

Zur Verdeutlichung der Effekte durch externe finanzielle Beteiligung sind exemplarisch drei Kalkulationen beigefügt, wobei zunächst mit der ersten Variante - ohne nennenswerte externe Beteiligung - gerechnet wird.

Die genannten möglichen Erträge werden zu 1/3 dem Kreis und zu 2/3 den Kommunen angerechnet und reduzieren damit jeweils den Aufwand.

Das langfristige Ziel ist die Steigerung der Refinanzierung der FSS und damit eine Reduzierung der oben aufgeführten Beträge.

11. Beratung und Beschlussfassung über den Neuabschluss einer Cyber-Versicherung

Die Beschlussvorlage wird kurz erläutert.

Der Amtsausschuss beschließt mit einer Gegenstimme den Abschluss einer Cyberversicherung mit einer Versicherungssumme von 500.000 € und einem Jahresbeitrag 5.492 € bei einer Selbstbeteiligung von 5.000 €.

12. Beratung und Beschlussfassung über die Anpassung der Vermögenseigenschaden-Versicherung und Erweiterung einer D & O (Vermögensschadenhaftpflicht) Versicherung

Die Beschlussvorlage wird kurz erläutert.

Das Angebot des wirtschaftlichen Anbieters soll angenommen werden.

Der Amtsausschuss beschließt einstimmig den Abschluss einer Vermögenseigenschaden-Versicherung zum 1.1.2026 mit einer Versicherungssumme von 500.000 € und einem Deckungszeitraum von 10 Jahren bei einem Jahresbeitrag (abzüglich eines soeben gewährten 10 prozentigen Nachlasses) in Höhe von 18.540 €.

Außerdem beschließt der Amtsausschuss einstimmig den Abschluss einer D & O Versicherung zum 1.1.2026 mit einer Versicherungssumme von 5.000.000 € zu einem Jahresbeitrag (abzüglich eines soeben gewährten 10 prozentigen Nachlasses) von 9.005 €.

13. Kenntnisnahme des Prüfungsberichtes über die überörtliche Prüfung der Finanzbuchhaltung

Der Prüfungsbericht liegt allen Mitgliedern vor und wird nach Erläuterung zustimmend zur Kenntnis genommen.

Bei dieser Gelegenheit wird der Fachbereich Finanzen von Bürgermeisterin Telse Jacobsen gelobt.

Die Öffentlichkeit wird auf Beschluss des Amtsausschusses zu dem TOP 14 ausgeschlossen, da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner dies erfordern. Die Gäste verlassen den Raum.

Nicht öffentlich:

14. Personalangelegenheiten

...

Öffentlich:

15. Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung

Amtsvorsteherin Eva-Maria Kühl gibt bekannt, dass unter Personalangelegenheiten keine Beschlüsse gefasst worden sind, sondern lediglich über aktuelle Entwicklungen berichtet wurde.

Damit schließt Amtsvorsteherin Eva-Maria Kühl die Sitzung und bedankt sich bei allen für die gute und aktive Teilnahme.

Amtsvorsteherin

Schriftführer